

---

**1786/A(E) XXVII. GP**

---

**Eingebracht am 07.07.2021**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

**der Abgeordneten Mag. Martina Künsberg Sarre, Kolleginnen und Kollegen  
betreffend Multiprofessionelles Unterstützungspersonal für Schulen**

Das Schuljahr 2020/2021 war geprägt von mehrfachen Schullockdowns, langen Distance-Learning Phasen und Schichtbetrieb an Österreichs Schulen. Eine stark herausfordernde Situation für alle Kinder, Jugendlichen und Familien. Dazu kam der Verlust von sozialen Kontakten in der Schule, die besonders für die soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen unerlässlich sind, zudem entstanden in vielen Familien auch innerfamiliären Spannungen durch die Unvereinbarkeit von elterlichem Homeoffice und beruflichem Stress zusammen mit der Anforderung, Kinder zu Hause zu betreuen und zu unterrichten. Viele Familien, Kinder und Jugendliche sind in dieser Zeit an ihre psychische Belastungsgrenze gekommen und waren tief erschöpft. Die Folge war eine starke Zunahme von psychischen Belastungen aus dem gesamten Spektrum wie Depressionen, Ängsten, Zwangsstörungen und Verhaltensstörungen. Dabei litten zum einen Kinder und Jugendliche, die schon vor der Pandemie mit einer psychischen Störung zu kämpfen hatten und deren Lage sich häufig sehr verschlechtert hat. Zum anderen gab es auch viele Kinder und Jugendliche, die vor der Krise psychisch gesund waren, aber in der Zeit der Pandemie, vor allem als Folge der Isolation während der Lockdowns in dieser Zeit, psychisch krank geworden sind.

Wie auch eine Studie der Donau-Universität Krems aufgezeigt hat, leidet rund ein Viertel der österreichischen Bevölkerung an depressiven Symptomen, 23 Prozent an Angstsymptomen und 18 Prozent an Schlafstörungen. Besonders gravierend sind die Ergebnisse bei jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, hier kam es zu einem sprunghaften Anstieg von rund 30 Prozent auf 50 Prozent.

In Österreich stehen für 1,1 Mio. Schüler\_innen gerade einmal 181 Schulpsychologinnen und Schulpsychologen zur Verfügung, die neben den Kindern auch Eltern, Lehrer\_innen oder Schulaufsicht beraten. Das ergab die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der NEOS durch den Bildungsminister. Daraufhin folgte die Ankündigung einer geplanten Aufstockung um 20 Prozent ab Herbst 2021 und zwar für vorerst ein Jahr, wie es aus dem Ministerium hieß. Bei Bedarf wäre auch eine Verlängerung möglich. Und ganz generell sollten künftig vermehrt auch andere psychosoziale Unterstützungskräfte wie Sozialarbeiter\_innen oder Sozialpädagog\_innen zum Einsatz kommen. Entsprechende Konzepte würden mit den Ländern abgestimmt, wurde in der Anfragebeantwortung angekündigt.

Im Regierungsprogramm ist grundsätzlich eine bedarfsgerechte Aufstockung von Unterstützungspersonal (administrativ und psychosozial) vorgesehen. Diese ist

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

angesichts der Herausforderungen und Folgen der Pandemie jetzt dringender denn je.

Laut einem Bericht der FAZ vom 05. Februar 2021 gab es 23 Prozent mehr Fälle von Gewalt an Kindern in der Gewaltambulanz der Charité im ersten Halbjahr 2020 sowie 31 Prozent mehr Online-Beratungen beim Kinder- und Jugendtelefon der „Nummer gegen Kummer“ im Jahr 2020.

Mit durchgängigem Präsenzunterricht ab Herbst 2021 werden auch Themen wie Mobbing, Einschüchterung und andere Formen von verbalen und körperlichen Gewaltakten zurück auf die Liste der täglichen Herausforderungen im Schulbetrieb kommen, verstärkt in den städtischen Ballungsräumen. Es ist nicht Kernaufgabe der Pädagog\_innen, Gewaltprobleme an Schulen ursächlich zu lösen. Was Schulen für ein funktionierendes Miteinander und einen gelingenden Unterricht brauchen, ist nachhaltige, multiprofessionelle Unterstützung durch Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Schulärzt\_innen.

Die Herausforderungen in der Krisenbewältigung sind zweifellos groß und umfassend. Sie erfordern daher umso entschlosseneres Handeln und das rasche Ergreifen der richtigen Maßnahmen durch die Politik.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird aufgefordert, umgehend die bedarfsgerechte Aufstockung von multiprofessionellem Unterstützungspersonal an Österreichs Schulen sicherzustellen, um die Folgen der Pandemie abfedern, Gewaltprobleme an Schulen nachhaltig lösen und gelingenden Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler ermöglichen zu können."

*In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuss vorgeschlagen.*